

Letzte Hürde, Start ist 2010

Wenn am Dienstag der Freiburger Gemeinderat dem Tagesordnungspunkt mit dem Titel „Einvernehmen der Straßenbaubehörde zu Maßnahmen“ zustimmt, dann kann der Luftreinhalteplan mitsamt dem Aktionsplan gegen Feinstaub eigentlich in Kraft treten. Spötter könnten auch sagen, das Regierungspräsidium hat dann kaum noch eine Möglichkeit, die Angelegenheit noch weiter zu verzögern. Eine aber doch noch: Erst zum 1. Januar 2010, so hat man es festgelegt, soll es mit Umweltzonen und Plaketten losgehen.

Stadt: Dafür und dagegen

Dass die Stadt ihr Einvernehmen erklärt, ist nur eine Formsache. Damit sagt sie Ja zum Plan, den sie gleichzeitig ablehnt. Denn man ist nicht einverstanden – die Haltung hat der Gemeinderat vergangenes Jahr festgelegt – dass im Aktionsplan ausgerechnet die B31 von Fahrverboten ausgenommen wird. Am Dienstag aber darf die Stadt nur als Straßenverkehrsbehörde urteilen, über Maßnahmen, die im Plan stehen – nicht über solche, die darin fehlen.

Weiter wollen B31-Anwohner, die den Plan für untauglich erachten, rechtlich dagegen vorgehen. Seine Klage, sagt der Immobilienberater Hans Braselmann, sei in Vorbereitung. Da auch das Regierungspräsidium davon weiß, schweigt man dort über das im Frühjahr erschienene Rechtsgutachten, das die Initiative Stadttunnel in Auftrag gegeben hat und das den Aktionsplan als wirkungslos kritisiert. Man betrachtet sich quasi schon im Rechtsstreit.

JENS KITZLER

Sonnenkraftwerke in der Wüste sind zwar eine reizvolle Quelle für ökologischen Strom, aber sie gehören wieder nur Großkonzernen. Die Zukunft aber gehört der Energieproduktion vor der Haustür und in eigener Hand.

ALEXANDER HUBER
UND JENS KITZLER

Die Wirtschaftskrise mag einen kleinen Aufschub bringen, doch die Suche nach einer zukunftsfähigen Energieversorgung jenseits fossiler Brennstoffe geht weiter. Auf den ersten Blick hoffnungsvoll klingen da Ankündigungen wie die eines Konsortiums von Großkonzernen unter Federführung der Münchener Rück, mit einem gigantischen Solarkraftwerk in der afrikanischen Wüste den Energiehunger Europas zu stillen. Doch können derartige Großprojekte, viele tausend Kilometer entfernt, tatsächlich die Energiesorgen lösen?

Nein, sagt Energieexperte Michael Sladek, Gründer der Elektrizitätswerke Schönau (EWS). Zwar werde man auch in Zukunft Großkraftwerke brauchen, doch der richtige Weg sei, so viel Energie wie möglich dort zu produzieren, wo sie verbraucht wird. Die Potenziale vor Orte seien sehr groß, ist Sladek überzeugt, und die lägen nicht mal vor, sondern eigentlich gar hinter der eigenen Haustür: „40 Prozent des deutschen Strombedarfs liegt in den Heizungskellern.“ Kraft-Wärme-Kopplung gilt daher als Schlüsseltechnologie für eine dezentrale Energieversorgung.

Dass diese Technik immer noch nicht – etwa in Form von Einspeisevergütungen – die Unterstützung erfährt, die ihr nach

Meinung vieler Fachleute gebührt, liegt für Kritiker auch an der Macht der großen Energiekonzerne. Denen, so wird argumentiert, ist die Kraft-Wärme-Kopplung ein noch größerer Dorn im Auge als Windräder und Solaranlagen. Denn eine dezentrale Energieversorgung auf breiter Front könnte der Anfang vom Ende der Strom- und Gas-Multis sein.

Anstatt selbst Energie zu erzeugen kann man auch versuchen, die Macht über die Stromversorger zu gewinnen. Das versuchen derzeit diverse Kommunen, darunter die Stadt Freiburg. Als der Thüga-Verkauf ruchbar wurde, hat der südbadische Energieversorger Badenova die Initiative ergriffen, er versucht seitdem, möglichst viele Stadtwerke dazu zu bewegen, sich quasi selbst zu kaufen – die Thüga

hält Anteile an über 100 regionalen Energieversorgern. Inzwischen haben laut Badenova-Sprecher Roland Weis rund 40 Stadtwerke Interesse bekundet, beim Kauf einzusteigen. Ziel ist es, mindestens 20 Prozent der Thüga-

Anteile zu erwerben, Badenova selbst will dafür maximal 100 Millionen Euro lockermachen. Die Schätzungen für den Wert der Thüga schwanken zwischen drei und acht Milliarden Euro.

Seit diesem Jahr gibt es aber auch noch noch eine Graswurzel-Version dieser Idee. Warum, hatten sich einige engagierte Bürger gefragt, sollte nicht gleich das Volk selbst die Macht über seinen Energieversorger bekommen? Das Projekt „Thüga in Bürgerhand“ war geboren. Mit gesammeltem Geld privater Anleger will man dort nun ebenfalls um ein Stück des Thüga-Kuchens mitbieten.

Fragt man derzeit bei der Interessensgemeinschaft, wie viel Geld schon zusammen ist, erfährt man keine genaue Summe.

„Habe den Eindruck gewonnen, dass die Kommunen als Käufer dort Sympathien genießen“

Michael Sladek nach Gesprächen mit dem Energiekonzern Eon.

Strom und Gas in eigener Hand

In Südbaden überlegen Bürger und Städte, die Macht über die ENERGIEVERSORGUNG zurückzugewinnen



Wie können es Städte, Regionen oder gar die Bürger selbst in der Hand haben, mit welchem Strom die Birne leuchtet? Solche Versuche starten jetzt auch in Südbaden.

FOTO: FOTOLIA

Noch während man zähle, heißt es, füllten sich die Briefkästen wieder mit neuen Einzahlbescheiden oder mit – rechtlich bindenden – Geldzusagen. Bei rund sieben Millionen sei man, so die letzte Schätzung. „Das Interesse geht quer durch die Republik“, sagt Eckhard Tröger von der Initiative. Dabei will man die bundesweite Kampagne erst noch starten: Am 11. Juli soll mit einer live im Internet übertragenen Veranstaltung auf dem Gelände der Freiburger „Fabrik“ der Startschuss fallen.

Auch mit Eon hat die Bürgergruppe inzwischen geredet, genauer: Michael Sladek, der auch hier munter mitmischt. „Ich habe den Eindruck, dass die Kommunen als Käufer dort gewisse Sympathien genießen“, sagt Sladek. Das wäre eine gute Voraussetzung, denn „Thüga in Bürgerhand“ müsste sich an das Konsortium hängen, um mitzubieten. „Eon verkauft nur als Ganzes“, erklärt der Schönauer „Stromrebell“.

Kredit für die Revolution

Den erforderlichen Betrag von bis zu 100 Millionen Euro bis zum Verkauf in einigen Wochen allein von anlegereifrigen Bürgern zu sammeln, das wird wohl nicht mehr klappen. „Es gibt Gespräche über eine Zwischenfinanzierung“, sagt Michael Sladek. Bis die Gelder beisammen sind, könnte demnach eine konventionelle Bank einspringen.

Das Engagement von Energie in Bürgerhand verfolgt die Badenova „durchaus mit Sympathie“, sagt Badenova-Sprecher Weis. Im Bemühen um eine regionalisierte Energieversorgung gebe es eine große Schnittmenge. Trotzdem meint man beim Energieversorger, dass eine Beteiligung über die kommunale Schiene sinnvoller sei als über individuelle Anteile. Gewinne, so Weis, flössen dann an die Kommunen zurück und kämen so allen Bürgern zugute und nicht nur denen, „die es sich leisten konnten, selbst Anteile zu kaufen“.



Aktionsplan kommt ohne Fahrverbote auf B31. FOTO: SCHNEIDER